

PRESSEMITTEILUNG

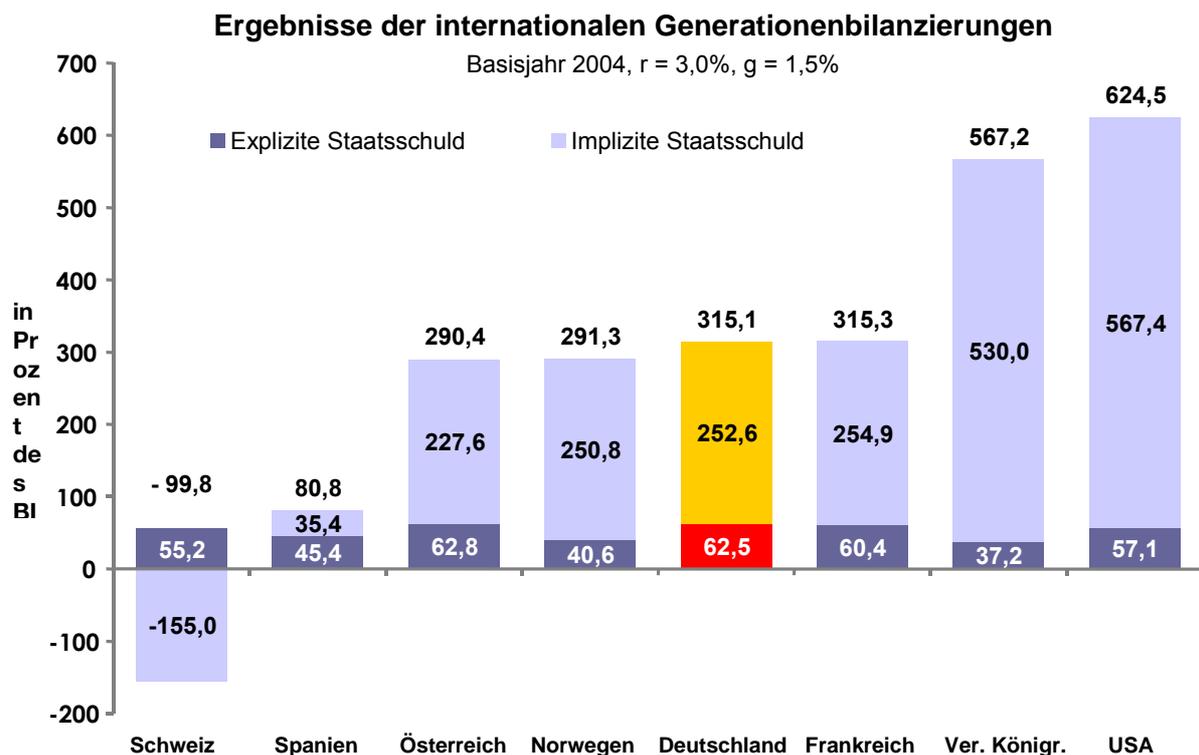
Berlin, 18. November 2008

Ehrbare Staaten?

Generationenbilanzen kommen im internationalen Vergleich zu überraschenden Ergebnissen

„Vorbild Schweiz, Deutschland nur Mittelmaß“ – auf diesen Nenner lassen sich die Ergebnisse einer internationalen Vergleichsstudie der Stiftung Marktwirtschaft zur langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte bringen, die Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und zugleich Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität, heute in Berlin vorstellt. Mit Hilfe des Instruments der Generationenbilanzierung, die auch die zukünftige demographische Entwicklung berücksichtigt, hat Prof. Raffelhüschen die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in sieben europäischen Industrieländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien, Vereinigtes Königreich, Norwegen und Schweiz) und den USA als außereuropäischem Vergleichsmaßstab untersucht.

„Nicht nur in Deutschland verspricht der Staat seinen Bürgern deutlich mehr Leistungen, als er langfristig mit den gegenwärtigen Steuer- und Abgabensätzen finanzieren kann“, urteilt Raffelhüschen. „Die meisten Länder haben ihre fiskal- und sozialpolitischen Hausaufgaben noch nicht gemacht, sondern verschieben in großem Umfang finanzielle Lasten auf zukünftige Generationen“. Mit Ausnahme der Schweiz und begrenzt auch Spanien stehen den übrigen betrachteten Ländern daher in den kommenden Jahrzehnten massive Haushaltsprobleme bevor. Besonders bedrohlich stellt sich die Lage für die USA und das Vereinigte Königreich dar, deren fiskalische Tragfähigkeitslücke die jährliche Wirtschaftsleistung – gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – um das Fünf- bis Sechsfache übersteigt:



Deutschland bewegt sich hingegen mit einer Nachhaltigkeitslücke von rund 300% des BIP gemeinsam mit Österreich, Frankreich und Norwegen im Mittelfeld der betrachteten Länder. Aus Sicht von Raffelhüschen ist das aber kein Grund zur Beruhigung: „Nur weil andere Länder ähnlich schlecht für die Zukunft vorsorgen, darf man mit den Reformanstrengungen in Deutschland nicht nachlassen.“ Das Beispiel Schweiz zeige, dass es auch anders geht. Einerseits sei die Balance zwischen Staatseinnahmen und –ausgaben dort bereits heute vergleichsweise gut, andererseits würden die Schweizer Rentner nur unterproportional an zukünftigen realen Lohnsteigerungen partizipieren. Dadurch würde das langfristige Wachstum der Staatsausgaben deutlich gebremst.

Die Ergebnisse der Generationenbilanzierung zeigen auch, dass die sogenannten Maastricht-Kriterien zum Schuldenstand (max. 60% des BIP) und zum Haushaltsdefizit (max. 3% des BIP) nur eine unvollständige Momentaufnahme der derzeitigen Haushaltssituation darstellen. „Da sie die Zukunft faktisch ausblenden, kann ihre Einhaltung keineswegs eine dauerhaft tragfähige Finanzlage der öffentlichen Hand garantieren,“ mahnt Raffelhüschen.

Die Methodik der Generationenbilanz

Die Generationenbilanzierung wurde Anfang der 1990er-Jahre in den USA zur langfristigen Analyse der Fiskal- und Sozialpolitik entwickelt. Bei dieser Methode werden die ausgewiesenen gesamtwirtschaftlichen Budgetposten, wie etwa Renten- und Steuerzahlungen, mit Hilfe von altersspezifischen Profilen einzelnen Jahrgängen zugewiesen und dann unter Zuhilfenahme von Bevölkerungsprojektionen weiter in die Zukunft fortgeschrieben.

Die resultierenden Indikatoren, u.a. die Nachhaltigkeitslücke, ermöglichen es, die Fiskal- und Sozialpolitik auf ihre Nachhaltigkeit und generationsübergreifenden Verteilungswirkungen zu analysieren. Die **Nachhaltigkeitslücke** setzt sich aus der bereits heute ausgewiesenen expliziten Staatschuld und der sogenannten impliziten Schuld zusammen. Die **implizite Schuld** gibt die Differenz aller zukünftigen Leistungen und Beiträge an, die bei geltendem Recht von allen heute lebenden und allen zukünftigen Generationen noch empfangen bzw. gezahlt werden müssen. Mit anderen Worten zeigt die Nachhaltigkeitslücke, wie groß die Rücklagenbildung sein muss, damit das heutige Leistungsniveau auch für die Zukunft finanzierbar bleibt.

Pressekontakt

Dr. Susanna Hübner
Charlottenstraße 60
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 33
Fax 030 – 20 60 57 57

Besuchen Sie unseren Internet-Auftritt unter: <http://www.stiftung-marktwirtschaft.de>

Stiftung Marktwirtschaft – Im Dialog mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft